

Wilsdruffer Tageblatt

Zeitungssprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 25614

Erste Ausgabe des Wilsdruffer Tageblattes am 1. März 1841. Der Preis beträgt monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.60 M., halbjährlich 6.00 M., jährlich 11.00 M. Die Postgebühren sind zu zahlen. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Markt 10. Die Druckerei ist in Wilsdruff, Markt 10. Die Druckerei ist in Wilsdruff, Markt 10.



Der Preis beträgt monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.60 M., halbjährlich 6.00 M., jährlich 11.00 M. Die Postgebühren sind zu zahlen. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Markt 10. Die Druckerei ist in Wilsdruff, Markt 10.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöschig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 103.

Mittwoch den 4. Mai 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Der amerikanische Senat hat die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland genehmigt.
- Neue Meldungen aus Opatowitz besagen, daß die Kreise Pleß und Rybnik an Polen fallen sollen.
- Als Nachfolger des Grafen Oberndorff wird Votschatschew v. Schonen als deutscher Geschäftsträger nach Warschau benannt.
- Entgegen anderslautenden Meldungen ist der am Kaputtisch beteiligte ehemalige Polizeipräsident von Berlin, von Jagow, nicht begnadigt worden.
- Auf der Londoner Konferenz forderte Lloyd George, daß Deutschland zehn Tage Zeit gelassen werden müsse, um den Zahlungsbedingungen der Entente zuzustimmen.

Frieden mit Amerika.

In Washington scheint manchmal die rechte Hand nicht zu wissen, was die linke tut. Wie lange ist es her, daß Präsident Harding den Kongress wissen ließ, man möchte die Abstimmung über die Resolution Knox nicht befehlen, sie vielmehr erst auf die Tagesordnung stellen, wenn die nächste Gestaltung des Verhältnisses der Entente zu Deutschland klarer zu übersehen wäre. Er wünschte also, daß der Senat seine Entscheidung über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland hinausschieben möchte, damit man in Paris und in London nicht etwa auf den Gedanken käme, daß von Washington her ein Druck auf die fälligen Entscheidungen des Obersten Rates ausgeübt werden solle. Und der Senat, in dem die Partei des Präsidenten Harding über die sichere Mehrheit verfügt, hat nun trotzdem gerade am dem Tage, an dem der Oberste Rat wieder einmal in London zu einer schicksalsschweren Entscheidung zusammengetreten ist, die Resolution Knox auf die Tagesordnung gestellt und sie, wie es scheint, ohne abschwächende oder verschärfende Zusätze angenommen.

Sie besagt im wesentlichen, daß der Kriegszustand mit Deutschland als beendet erklärt werde, und überläßt demnach alles weitere den damit notwendig gewordenen Verhandlungen mit Deutschland. Diese Verhandlungen kann nun allerdings Präsident Harding, dem ja nach der amerikanischen Verfassung allein das Recht der Ausführung zusteht, in der ihm passend erscheinenden Zeit einleiten und er kann auf diese Weise immer noch die Überlegungsfrist gewinnen, die er zu haben wünschte, als er sein Ersuchen an den Kongress richtete. Aber andererseits dürfte nun doch wohl auch die deutsche Regierung sich in ihrem Verhalten gegenüber den Vereinigten Staaten etwas freier fühlen und nunmehr auf Umwege verzichten, wenn sie dringliche Anliegen den Herren in Washington zu Gehör bringen will. Insofern darf man also jetzt schon von einer Erleichterung der Beziehungen zwischen Deutschland und seinem am längsten im Kriegszustand verbliebenen Gegner sprechen. Etwas anderes ist es aber, ob und in welchem Sinne sich die in London versammelten Führer der feindlichen Regierungen Europas durch den Beschluß des amerikanischen Senats beeinflussen lassen werden. Vielleicht halten sie es jetzt um so mehr für geraten, ihre Beschlüsse zu beschleunigen, damit auch, was das Ruhrgebiet betrifft, fertige Tatsachen geschaffen werden, ehe das amerikanische Kabinett auf Grund des neuesten Senatsbeschlusses weitere Schritte einleiten kann. Sollte indessen Lloyd George mit seiner Absicht durchdringen, und noch eine allerletzte Überlegungsfrist zu gewähren, bevor Warschau hoch gestapelt wird, keine Truppen an die Ruhr vorwärtszuschieben, so wäre für diese kurze Spanne Zeit immerhin etwas damit gewonnen, daß zwischen Deutschland und Amerika nunmehr der offizielle Friedenszustand wieder hergestellt ist. Der Senat wird diesen Schritt kaum getan haben, um es danach bei einer leeren Rundgebung bewenden zu lassen. Wieldviele ob ihn theelle oder materielle Beweggründe zu seinem Vorgehen bestimmt haben, so darf man doch annehmen, daß er danach nicht auf halbem Wege wird stehen bleiben wollen. Jedenfalls dürfen wir in seinem Beschluß eine kleine Ermutigung erblicken. Und die Herren Fehrenbach und Dr. Simonis können vielleicht mit Recht für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, daß ihre Anrufung Hardings der Resolution Knox zu beschleunigter Annahme verholfen hat. Denn die nächsten urteilenden Kreise der Vereinigten Staaten konnten sich danach doch wirklich nicht mehr der Erkenntnis verschließen, wie ernst es der deutschen Regierung ist mit ihren Versicherungen, daß sie bereit sei, alle ihre Verpflichtungen soweit die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft es irgend zulasse, nach bestem Willen zu erfüllen; und daß man mehr schließlich von einem so sehr ausgearbeiteten und so hart bedrückten Schuldner wie dem Deutschen Reich nicht verlangen kann. Das vermag zwar die unersättliche Raubgier der Franzosen zu leugnen, für den ungleich fähigeren, ungleich praktischer veranlagten Amerikaner muß jedoch an dieser Grenze auch die willigste Gefolgshaft gegenüber Frankreich aufhören. So darf man wohl in der Annahme der Resolution Knox zum mindesten einen Wink mit dem Jauchzettel erkennen. Ob er freilich nicht schon zu spät kommt, nach allem was in den letzten acht und vierzehn Tagen in Paris und in London geschehen ist, ist eine andere Frage.

Aber für Amerika ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, zu beweisen, ob es sich von Wilsons Spuren nur mit Worten oder auch mit entscheidenden Taten trennen will. Das amerikanische Volk fühlt gerade in seinen besten Teilen, daß es die Irrtümer seines früheren Präsidenten nach Möglichkeit wieder gutzumachen hat. Wenn es jetzt nicht tut, was es noch dazu tun kann, dann ist die letzte Gelegenheit für immer verpaßt.

Oberschlesiens Schicksal.

Losreißung von Pleß und Rybnik.
Eine der Interalliierten Kommission in Opatowitz nahe liegende Persönlichkeit erzählt folgendes:
Der Bericht der Interalliierten Kommission über die obereschlesische Abstimmung ist nach London abgegangen. In dem Bericht wird vorgeschlagen, die Kreise Pleß und Rybnik, die bei der Abstimmung eine überwiegend polnische Mehrheit ergeben haben, Polen zuzuschlagen; ebenso einen Gebietsstreifen im Kreise Kattowitz, der östlich der Stadt Kattowitz verläuft. Der übrige Teil Oberschlesiens, einschließend des Industriegebietes, fällt nach dem Vorschlag der Interalliierten Kommission an Deutschland.
Alle Gruben Oberschlesiens, mit Ausnahme von zwei Belegschaften, sind Montag in den Ausland getreten. Angeblich handelt es sich um einen Proteststreik gegen die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens.

Vor der Entscheidung in London.

Erfolg der gemäßigten Richtung.
Auf der Londoner Konferenz, wo ohne unser Zutun über Deutschlands Schicksal entschieden werden soll, ist auf den ersten Anlauf doch noch kein endgültiger Entschluß zuflorbegekommen.
Das Ergebnis des ersten Verhandlungstages bedeutet nämlich eher, daß es der gemäßigten Richtung, die durch England und Italien vertreten wird, gelungen ist, eine überdrückte Entscheidung zu verhindern. Die wichtigste Frage blieb bis auf weiteres offen. Lloyd George erreichte es, indem er die Festsetzung der gesamten Schuldsumme durch die Reparationskommission als eine neue Aufgabe behandelte, und beantragte für die Untersuchung der Wobalitäten und der Garantien der Zahlung dieser Summe den Sachverständigen drei Tage zur Verfügung zu stellen und dann, falls insofern von deutscher Seite kein annehmbareres Angebot eingetroffen ist, das Ergebnis der Expertenberatungen Deutschland durch ein auf drei Tage befristetes Ultimatum bekanntzugeben, so daß für die weitere Entwicklung eine Woche gewonnen wäre. Inzwischen könne Frankreich mobilisieren, wozu zehn Tage erforderlich wären. Ein Nachteil würde Frankreich aus diesem Vorgehen also nicht erwachsen. Während Italien dem Vorschlag Lloyd Georges beitrifft, beharren Frankreich und Belgien hart auf der Forderung seiner sofortigen Entscheidung, weil sie befürchten, Deutschland könne doch noch einlenken.
Im übrigen haben die Engländer anscheinend auch die geplante Besetzung der Ruhrgebiete endgültig abgelehnt. Ferner hat die englische Regierung ihre Zustimmung zu der von der französischen Regierung vorgeschlagenen maritimen Demonstration noch nicht gegeben.

Drei Sorten von Entschneimen.

Die in London tagenden Sachverständigen der Entente haben jetzt folgenden Vorschlag ausgearbeitet:
Deutschland soll drei Sorten von Bons liefern. Die ersten im Werte von 12 Milliarden sollen sofort der Reparationskommission übergeben werden, die sie nach dem in Spa festgestellten Schicksal unter die Alliierten verteilt, aber auf das Vorkaufsrecht Belgien im Betrage von 2 Milliarden Rücksicht nimmt. Diese Bons sollen zahlbar sein in neun oder zwölf Monaten. Eine zweite Kategorie von Bons im Werte von 50 Milliarden soll am 1. November 1921 emittiert und ebenfalls der Reparationskommission übergeben werden, die sie unter die Mächte verteilt.
Schließlich werde die Reparationskommission die Forderung von 80 neuen Milliarden Schadens verlangen, wenn sie die Versicherung habe, daß der Westmarkt sie aufnehmen und Deutschland sie bezahlen könne. Diese Bons sollen garantiert werden durch eine allgemeine Hypothek gemäß Artikel 248 des Friedensvertrages aus allen Werten und Einnahmequellen Deutschlands sowie durch besondere Pfänder, namentlich Zolleinnahmen, deren Ertrag man auf eine Milliarde Goldmark schätzt. Auch eine Kommission für die deutsche Schuld soll in Berlin errichtet werden. Die Diskussion über die Anzahl der Jahreszahlungen, ob 30 oder 42, wird fortgesetzt.

Widerstände doppelter Natur.

Die französischen Meldungen über die Londoner Konferenz geben zu, daß die Pariser Sanktionspläne doch auf unertörten Widerstand gestoßen sind. Man kann aus der Zusammenstellung der verschiedenen Berichte auch deutlich erkennen, daß diese Widerstände doppelter Natur sind. In England hat man die französischen Absichten auf eine dauernde Besetzung des Ruhrgebietes durchschaut und ist deshalb miträuflich geworden in Bezug auf die wirtschaftlichen Folgen einer solchen Besetzung. Der Premierminister Lloyd George möchte deshalb die Besetzung des Ruhrgebietes an bestimmte Bedingungen knüpfen, die es den Franzosen unmöglich machen sollen, sich dauernd fest-

zusetzen, selbst wenn Deutschland seiner Entschädigungspflicht nicht nachkommt. Der Vertreter Italiens, Graf Sforza, hat gegenüber dem französischen Besetzungsplan andererseits rein rechtliche Bedenken geltend gemacht unter Hinweis auf den achten Abschnitt des Versailler Friedensvertrages. Er betonte, daß die Reparationskommission nach der Aufstellung ihrer Entschädigungsforderungen Deutschland nunmehr einen Tilgungsplan zu unterbreiten habe und daß Deutschland eine Frist gelassen werden müsse zur Annahme oder Ablehnung des Planes. Wie die Pariser Blätter melden, hat sich Lloyd George dieser Auffassung angeschlossen. Er soll sogar in lebhafter Weise Briand bedeutet haben, daß Frankreich seine Truppen mobil machen könne, daß aber auf eine derartige Maßregel die übrigen Regierungen vorläufig verzichteten, so lange sie nicht selbst die Durchführung von Zwangsmaßnahmen beschlossen haben. Die vorläufig zugelassene italienische Auffassung wird, falls sie durchdringt, zur Folge haben, daß die Reparationskommission Auftrag erhält, Deutschland einen Tilgungsplan zu unterbreiten mit der Festsetzung einer kurzen Frist für die Annahme oder Ablehnung.

Die belgischen Sozialisten gegen Frankreich.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, hat der Generalkongress der sozialistischen Partei in einer besonderen Sitzung die Frage der Sanktionen erörtert. Justizminister Vandervelde habe erklärt, man müsse der Politik der Alliierten die Politik der Sozialdemokraten, wie sie in Amsterdam festgelegt worden sei, entgegenstellen. Er sei entschlossen, mit seinen sozialistischen Kollegen das Ministerium zu verlassen, wenn Belgien sich den Beschüssen anschleße, die die französische Regierung zur Durchführung bringen wolle.

Ein Einspruch Amerikas?

Nach einer Zeitungsmeldung aus Washington haben die Vereinigten Staaten einen energischen Einspruch gegen die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands eingebracht. Dieser Einspruch wurde durch die alliierten Vorkämpfer an ihre Regierungen weiter geleitet. Amerika mißbilligt besonders das Antrabenteuer. Der amerikanische Staatssekretär für Außenbeziehungen hat jede Erörterung dieser Frage abgelehnt. Dieser Protest sei von den alliierten Vorkämpfern dem Obersten Rat in London zugestellt worden. Die Mitteilung Amerikas hat angeblich keinen offiziellen Charakter.

Politische Rundschau Deutsches Reich.

Disziplinarverfahren gegen Leinert.

Einige Mitglieder des hannoverschen Magistrats haben feinerzeit der hannoverschen Wirtschaftsgenossenschaft ohne Genehmigung einen Vorkauf von 30 Millionen Mark aus städtischen Mitteln bewilligt. Der Verband der Bürgervereine der Stadt Hannover hat nunmehr den Regierungspräsidenten gebeten, gegen den Oberbürgermeister Leinert und die beteiligten städtischen Beamten ein ordentliches Disziplinarverfahren auf Entfernung aus dem Amt einzuleiten.

Zeitungsverbote Hörings.

Oberpräsident Hörings hat auch das „Halle'sche Tageblatt“, das nach dem Verbot der „Halle'schen Zeitung“ erschienen war, verboten. Gleichzeitig untersagte er auch das Erscheinen aller patriotischen Zeitungen und Zeitschriften mit politischem Inhalt, die gleich dem „Halle'schen Tageblatt“ in der Druckerei der „Halle'schen Zeitung“ hergestellt werden.

Eine Bitte Hindenburgs.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg bittet die deutsche Presse, folgendes bekanntzugeben: „Ich lege mich zu der Erklärung veranlaßt, daß ich in keiner Weise beunruhigt bin, die nachträgliche Verletzung von Kriegsverträgen herbeizuführen oder solche gar selbst zu verleihen.“

Kündigung Schwerbeschädigter.

Die Frist, innerhalb der einem schwer verschädigten nur gekündigt werden kann, wenn die Hauptfürsorgestelle zugestimmt hat, ist vom Reichsarbeitsminister durch Verordnung vom 28. April 1921 bis zum 1. April 1922 verlängert worden. Die Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Mai 1921 in Kraft.

Türkei.

Ein kaiserlicher Prinz für Kemal, Prinz Omer Faruk, Sohn des verstorbenen türkischen Thronfolgers, hat sich heimlich an Bord eines italienischen Dampfers von Konstantinopel nach dem asiatischen Festland eingeschifft. Er soll die Absicht haben, sich nach Anzora zu begeben, um mit den kemalistischen Führern gemeinsame Sache zu machen.

Vereinheitlichung der Reichsverwaltung.

Die Richtlinien.

Die Kommission zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Reichsverwaltung trat unter dem Vorsitz des Reichsministers Koch im Reichsministerium des Innern zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die der Kommission vom dem Vorstehenden vorgelegten Fragen wurden mehreren Unterkommissionen